



Grüne Liste Bensheim - DIE GRÜNEN (GLB)

Wählergemeinschaft
für Demokratie und Umwelt

Thomas Götz

STVV 25.06.2020 TOP 7 „Situation Geflüchteter in Griechenland“

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Wenn die Staaten versagen, müssen die Städte ran“ titelt Zeit-Online einen Bericht über das Versagen der Europäischen Asylpolitik. Ungezählt sind die Völkerrechtsverletzungen an den Außengrenzen der EU. Flüchtlingsboote werden von der Küstenwache zurück aufs Meer geschleppt und dort ausgesetzt, auf die Menschen wird geschossen, das waren vor ein paar Jahren noch Empfehlungen von ziemlich weit rechts, heute sind diese Dinge Realität. Den Geflüchteten wird tausendfach das Recht auf ein faires Asylverfahren verweigert. Dazu kommt die Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln, die man nur als menschenunwürdig bezeichnen kann.

Es wäre zu billig, die Schuld nur bei Ländern wie Griechenland und Italien an den EU-Außengrenzen zu suchen. Diese werden vom Rest der EU schon seit Jahren schmachlich im Stich gelassen, sie erfahren kaum Unterstützung bei der Bewältigung der Probleme.

Die einzige Unterstützung besteht darin, dass sämtliche Menschen- und Völkerrechtsverletzungen stillschweigend geduldet wenn nicht gebilligt werden.

Möglich ist das alles, weil die europäischen Regierungen ihrerseits glauben, sich der stillschweigenden Billigung ihrer Bürger sicher zu sein, sei es weil diese sich überfordert fühlen, sei es weil die Corona-Krise alles andere in den Schatten stellt oder schlicht und einfach, weil die zahlreichen Berichte über Rechtsverletzungen, Schiffsunglücke im Mittelmeer und verheerende Zustände in den Lagern die Menschen abgestumpft haben.

Doch ein großer Teil der europäischen Bürgerinnen und Bürger ist nicht abgestumpft. Die Millionen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zum Beispiel, die sich allein in Deutschland bis heute darum bemühen, dass Flüchtlinge nicht nur erstversorgt werden, sondern auch in ihrer neuen Heimat Fuß fassen können. Ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger denkt nicht wie eine in diesem Haus vertretene Partei, die der Meinung ist, dass „die Kommunen zurzeit wahrlich andere Sorgen haben sollten als Flüchtlingskontingente noch mehr auszuweiten und damit die Versorgungslage der einheimischen Bevölkerung zu verschärfen“

Bensheim hat 2015 gezeigt, dass es an der Seite derjenigen steht, die die Lage der Geflüchteten nicht kalt lässt, das war damals breiter Konsens in der Politik, der Stadtverwaltung und der Zivilgesellschaft. Das Ziel unseres Antrages ist es, ein Signal zu setzen, das diese Positionierung, die unserer Stadt gut zu Gesicht stand, auch heute noch gilt, zu zeigen, dass wir unserer Haltung treu geblieben sind.

Natürlich hat dieser Antrag stark appellativen Charakter, das liegt in der Natur der Sache, die Entscheidungskompetenz haben andere. Das sollte uns nicht daran hindern, zu zeigen, wo wir stehen, wie es beispielsweise die 158 Städte getan haben, die sich bislang zum „sicheren Hafen“ erklärt haben.

Unsere Haustür liegt nicht an der Grenze zu Österreich, Frankreich oder Polen. Als Europäer liegt unsere Haustür an den EU-Außengrenzen und es kann und darf uns nicht gleichgültig sein, was dort geschieht.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.